

Mehrheit will keine Rüstungsexporte

Protestlauf gegen deutsche Ausfuhrpolitik

Deutschland sollte keine Waffen ins Ausland liefern, vor allem in Kriegs- und Krisengebiete (80 Prozent), und in das Nato-Partnerland Türkei (83 Prozent) sollte die Bundesrepublik laut einer repräsentativen „YouGov“-Umfrage aus Sicht der Befragten keine Waffen und Rüstungsgüter verkaufen, wie das Bündnis „Frieden geht“ am Dienstag in Berlin mitteilte.

Die Ablehnung findet sich demnach über alle Parteigrenzen hinweg und in allen Altersgruppen, wobei vor allem Anhänger der Grünen und Linken sich gegen Rüstungsexporte aussprechen. Für die Umfrage wurden 2039 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger im Mai online befragt.

Das Bündnis, dem 18 Trägerorganisationen wie die von den Kirchen unterstützte Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel“ angehören, organisiert derzeit einen Staffellauf durch ganz Deutschland, um gegen eine „desaströse deutsche Rüstungsexportpraxis“ zu protestieren.

Der Co-Koordinator Max Weber bekräftigte am Dienstag die Forderung, keinerlei Kriegswaffen und Rüstungsgüter aus Deutschland zu exportieren, vorrangig nicht in Länder, in denen Menschenrechte verletzt würden. Die Forderungen des Bündnisses sollen nach Abschluss des Staffellaufs an den Wirtschaftsausschuss des Bundestages übergeben werden. Die Organisation Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) sieht eine wachsende Bewegung in der Gesellschaft gegen die deutsche Rüstungsexportpolitik.

Beginn des Staffellaufs war an Pfingsten im baden-württembergischen Oberndorf vor dem Gebäude des Rüstungsunternehmens Heckler & Koch sowie an der Rheinmetall-Niederlassung. Weitere Station ist etwa das Bundesausfuhramt in Eschborn bei Frankfurt. Ziel ist am 2. Juni Berlin. Für die rund 80 Etappen und 1100 Kilometer hätten sich mehr als 1300 Menschen angemeldet und es kämen weitere Anmeldungen hinzu, sagte Weber. kna